

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Vom zweiten zum dritten Bundestag

Im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl bringen viele deutsche Zeitschriften grundsätzliche Betrachtungen zu den Problemen des Staates, der Politik, der Demokratie und der Rolle der Parteien. Auf einige dieser Aufsätze sei hier kurz hingewiesen.

Die Monatsschrift *Merkur* (Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart) läßt in Heft 110 die wichtige Frage des Zweiparteiensystems in der deutschen Politik durch Prof. *Theodor Eschenburg* behandeln; an seine sehr interessanten historischen (Weimarer Republik) und vergleichenden (England, USA) Betrachtungen schließt der Verfasser aktuelle Bemerkungen an, aus denen hervorgeht, daß er in der Oppositionsstellung einer der beiden Hauptparteien etwas Gesundes und Natürliches sieht, hingegen „eine aus taktischen Gründen oder reinen Zweckinteressen, also aus Mangel an Oppositionskraft und Oppositionsmut gebildete Allparteienregierung“ für ein gefährliches Experiment hält.

Zu einem ähnlichen Schluß gelangt *Rupert Breitling* in einem Aufsatz „Die Wählerschaft modelliert am Parteiensystem“ (*Die Gegenwart*, 11), in dem es heißt: „Schon bei der Bundestagswahl von 1953 bot sich für den Wähler eine klare Alternative zwischen Regierung und Opposition, zwischen CDU/CSU und SPD. 1957 wird es nicht anders. Wie aber würde es

laufen, wenn sich die beiden großen Parteien im Bund einmal nicht mehr als Regierung und Opposition gegenüberstünden, wenn es zu einer schwarz-roten Koalition käme? Würde der beobachtete Zug zum Zweiparteiensystem anhalten? Diese Frage muß offenbleiben, solange wir keine derartige Erfahrung haben. Und vielleicht wäre es besser, auf diese Erfahrung zu verzichten.“

In Nr. 13 richtet *Die Gegenwart* dann „Wünsche an den Bundestag“, die sich vor allem auf eine Reform der parlamentarischen Arbeit beziehen; dafür werden sehr konkrete Vorschläge gemacht, um insbesondere die Arbeit der Ausschüsse rationeller zu gestalten. Der Schlußbemerkung wird man gewiß zustimmen: „So umständlich und schwerfällig wie der erste und zweite Bundestag sollte der dritte nicht arbeiten. Wir brauchen weniger Sitzungen, weniger Ausschüsse, weniger Gesetze. Wir brauchen gute Gesetze, und wir müssen dafür sorgen, daß Abgeordnete nur im Nebenberuf Parlamentarier sind.“

„Die Bilanz des zweiten Bundestages“ heißt ein Artikel von Dr. *Karl Mommer* (*Metall*, Nr. 14); wir zitieren den Schlußabsatz: „Die Geschichte dieses zweiten Bundestages zeigt, daß es möglich ist, auch einer widerstrebenden Mehrheit Konzessionen in beträchtlichem Umfang abzutrotzen. Aber besser ist es, wenn man sie nicht abtrotzen muß, sondern vielmehr die große Mehrheit der schaffenden Menschen von ihrem Stimmzettel solchen Gebrauch macht, daß nicht eine Mehrheit von widerstrebenden Volksvertretern, sondern aktive Verteidiger der Arbeitnehmerinteressen in das neue Parlament einziehen.“

„Ungelöste Fragen der Sozialreform“ signalisiert die von der Albertus-Magnus-Akademie (Walberberg, Bez. Köln) herausgegebene Zeitschrift *Die neue Ordnung* (3). Der Verfasser, Dr. *Gerhard Kroll*, verweist besonders auf die unzulängliche Hilfe für die Familie, die Not der freien geistigen Berufe, die vielen ungelösten Fragen unseres Gesundheitswesens, den fehlenden Lastenausgleich für Vertriebene, die Not der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe und die Folgen der Automation und sagt dann: „Niemand, der diesen Katalog überdenkt, wird bestreiten können, daß es auch nach der Rentenreform noch drängende ungelöste Probleme der Sozialreform gibt, für deren Lösung sich einzusetzen zu den wohl fruchtbarsten Aufgaben einer jeden Regierung gehört... Darauf hinzuweisen schien uns wichtig, weil in weiten Schichten der Glaube verbreitet ist, als könnten wir nach der Rentenreform unsere Hände in den Schoß legen.“

Demgemäß haben auch die Gewerkschaften große Anliegen an den nächsten Bundestag, wie *Otto Brenner* (*Die neue Gesellschaft*, Heft 3) eindringlich in einem Aufsatz ausführt, der im übrigen das große Verdienst hat, eine längst fällige Begriffserklärung eindeutig vorzunehmen: „Um Mißverständnissen — soweit es sich überhaupt darum handelt — vorzubeugen, wäre es endgültig an der Zeit, statt des Begriffs der parteipolitischen Neutralität den der parteipolitischen Unabhängigkeit zu verwenden ... Die parteipolitische Unabhängigkeit der gezeigten deutschen Gewerkschaftsbewegung — die keiner ihrer verantwortlichen Funktionäre jemals aufzugeben gedenkt — bedeutet weder politische Abstinenz noch eine falsch verstandene ‚Neutralität‘ gegenüber den Worten und Taten der Parteien.“

Mit äußerster Schärfe wendet sich *Die Gegenwart* (14) gegen die „politischen Sprachfehler des Bundeskanzlers“ (u. a. in der Nürnberger Rede) und macht dazu folgende grundsätzliche Ausführungen: „Zu den Pflichten eines Mannes, der als Kanzler an der Spitze der Regierung einer parlamentarischen Demokratie steht, gehört mancherlei, unter anderem, daß er sich bewußt ist, nicht der Kanzler einer *Partei*, sondern des *Volkes* zu sein. Zu seinen Pflichten gehört es also auch, alles zu unterlassen, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als betrachte er den Teil des Volkes, der sich nicht zu seiner Partei, sondern zu derjenigen der Opposition bekennt, und diese Partei selbst als außerhalb des Staates stehend. Die parlamentarische Mehrheit in einem demokratischen Staat hat ja nicht deshalb recht, weil sie die Mehrheit ist, und die Opposition nicht deshalb unrecht, weil sie die Minderheit ist... Vor den Wahlen und nach den Wahlen und unabhängig von den Wahlen steht das demokratische Grundgesetz, daß erst Regierung und Opposition zusammen die Nation parla-

mentarisch repräsentieren. Wer dieses Grundgesetz mißachtet..., verstößt gegen die Würde und Selbstachtung der Nation selbst... Weder die eine noch die andere Politik kann, wenn der Staat in Ordnung ist (allerdings nur dann), dessen ‚Untergang‘ bedeuten, es sei denn, man behaupte, der Staat befinde sich schon deshalb im Vorhof des Untergangs, weil es überhaupt eine Opposition gibt. Dieser das Lebensrecht bestreiten, ist freilich schon der Anfang vom Untergang eines jeden demokratischen Gemeinwesens, und ihre ‚Machtergreifung‘ mit dem Untergang des Staates gleichzusetzen, bedeutet, daß mit der *Demokratie* etwas nicht stimmt...“

Politische Bildung in der Schule

In der richtigen Erkenntnis, daß die Existenz, das Funktionieren und die Weiterentwicklung der *Demokratie* gerade in Deutschland davon abhängt, ob und wie die nächste Generation in die Demokratie hineinwächst, widmet sich die seit dem Vorjahr erscheinende „Zeitschrift für Gemeinschaftskunde und politische Bildung“ mit dem verpflichtenden Namen *Freiheit und Verantwortung* (Ernst Klett Verlag Stuttgart) systematisch und ganz konkret dieser Aufgabe; am besten nennen wir einfach einige Themen von Beiträgen aus den letzten Heften: Wahlrecht und Wahlsysteme im Unterricht der höheren Schule — Die Zeitung im politischen Unterricht — Der Nationalsozialismus im politischen Unterricht — Der 20. Juli im Unterricht — Die Schulausstellung im Dienste politischer Bildung — Schülermitverwaltung usw. Alle diese Aufsätze und zahlreiche weitere Berichte, Buchbesprechungen und Glossen stammen von Mitarbeitern, die in der täglichen Praxis der verschiedenen Schulstufen stehen. Für das Recht des Lehrers, auch im politischen Unterricht seine persönliche Ansicht darzulegen, statt einer falschen „Neutralität“ zu huldigen, plädiert sehr überzeugend ein Aufsatz „Lehrer, Schüler und Politik“ von *Gerhard Kähnen* (II, 2).

Auch die Zeitschrift *Pädagogische Rundschau* (Aloys Henn Verlag Ratingen) bringt fast in jedem Heft wertvolle Beiträge zum Thema der politischen Bildung der Jugend; so z. B. in einer Gemeinschaftsarbeit „Der Beitrag des Geschichtsunterrichts und der Gemeinschaftskunde in der Volksschule zur internationalen Verständigung“ (8).

Eine Apologie des Fortschritts

„Der Fortschritt wird in dieser Sicht ein notwendiges Ziel unseres Strebens — nicht um den Himmel auf Erden zu schaffen, sondern um die Hölle auf Erden zu vermeiden.“ Dieser Satz steht in einem außerordentlich klugen Aufsatz von *Richard Lowenthal* (*Der Monat*, Heft 105). „Die Hölle auf Erden“ ist der Totalitarismus des 20. Jahrhunderts, und diese Hölle kann

nur „durch unablässige Bemühung um den Fortschritt“ verhindert werden, denn das ist die einzige Art und Möglichkeit, die Freiheit zu bewahren: „Den Schlüssel zum Verständnis des Totalitarismus in unserem Jahrhundert glaube ich darin zu finden, daß unsere Zivilisation heute mit sozialen Wandlungen von beispielloser Schnelligkeit fertig werden muß. Ich möchte also das Problem gleichsam umkehren: Statt nach dem Ursprung des totalitären Satanismus zu forschen, schlage ich vor, die Unzulänglichkeiten der freien Gesellschaftsformen in der heutigen Situation zu untersuchen.“ Und am Schluß dieser Untersuchung sagt der Verfasser:

„Darüber hinaus wollte unsere Betrachtung zeigen, daß der Totalitarismus bisher immer dann gesiegt hat, wenn freie Völker mit den von ihnen ausgelösten Entwicklungen nicht mehr Schritt zu halten vermochten. Die Gefahr des Totalitarismus ist dort am größten, wo der Widerstand der herrschenden Klassen gegen ideologische und politische Änderungen am starren ist. Unsere eigene Form der Hölle ist schließlich nicht nur eine Strafe für unser hybrides Streben nach dem Unmöglichen, sondern zumindest ebensowenig für unser Versäumnis, in einer sich wandelnden Welt so weit voranzuschreiten wie nur möglich. Sie ist nicht einfach der Preis dafür, daß der Mensch sich weigert, auf dem ihm zukommenden Platz in der Ordnung der Dinge zu bleiben, sondern mindestens in gleichem Maße dafür, daß er aus Selbstzufriedenheit und Trägheit sich mit unmenschlichen, aber von Menschen geschaffenen Bedingungen abfindet, als seien sie unabänderlich und gottgewollt.“

Arbeit - Freizeit - Muße

Das VI. Europäische Gespräch in Recklinghausen 1957 ging um das zentrale Problem „Die freie Zeit in der Industriegesellschaft“. Es ist heute noch zu früh, die Auswirkungen dieser Diskussion in der Zeitschriftenpresse zu überblicken. Aber in Verbindung mit dem wesentlichen Stichwort „Muße“, das auch *Walter Dirks* in seinem einleitenden Vortrag in Recklinghausen mit Recht in den Mittelpunkt der Aussprache rückte, sei auf einen Aufsatz verwiesen, den *Oswald von Nell-Breuning SJ* zu diesem Thema veröffentlicht hat (*Stimmen der Zeit*, Mai). Er definiert folgendermaßen:

„Zur Muße gehört — nach der Beschreibung, die das gewerkschaftliche Aktionsprogramm von der Muße gibt —, daß der Mensch zu sich selber findet. In der Arbeit ist der Mensch der Gefahr ausgesetzt, sich an die Arbeit zu verlieren . . . Wer sich ganz an die Arbeit verliert, wird nur schwer den Weg zu sich selbst zurückfinden. Er kann in einen Zustand geraten, bei dem er ständiger Arbeit oder jedenfalls dessen, was er für Arbeit hält, stän-

diger Unrast bedarf, um damit die innere Leere zu übertönen, die ihn anghäht, sobald kein äußeres Getriebe ihn von sich selbst ablenkt.“

„Dieses Sich-selbst-Verlieren“, sagt *Nell-Breuning* weiter, „und sei es selbst an ein Lebenswerk oder eine Aufgabe allerhöchsten Ranges, ist Unkultur, ist eigentliches Versagen in dem, was den Menschen zum Menschen macht, nicht Persönlichkeitsentfaltung, sondern Entleerung und Preisgabe der höchsten Persönlichkeitswerte. Der Mensch ist dazu berufen, in freier Selbstbestimmung und Selbstverantwortung Herr seiner selbst zu sein; läßt er die Arbeit, gleichviel welche es ist, über sich Herr werden, so gibt er die Krone der Menschenwürde preis. Entartet obendrein die Arbeit zur bloßen Geschäftigkeit oder Betriebsamkeit, zum klappernden oder polternden Leerlauf, dann ist es vollends um den Menschen geschehen.“

Natürlich liegt es *Nell-Breuning* fern, etwa die Muße gegen die Arbeit ausspielen zu wollen; im Gegenteil: „Beides gehört zur vollen Entfaltung der Persönlichkeit: sowohl das Sich-Auswirken in der Arbeit als auch das Zu-sich-selbst-Kommen in der Muße.“ Uns scheint, daß damit ein weiteres wesentliches Argument für die Freizeit-Forderungen der Gewerkschaften ausgesprochen worden ist.

Die Monatsschrift „*Erlenses*“ (Verlag Th. Mann, Hildesheim) hat für das Problem der wirklich informierenden und zugleich wertenden *Buchbesprechung* eine recht glückliche Formel gefunden: In jedem Heft wird ein gutes Dutzend neuer Bücher aus den verschiedensten Gebieten der Unterhaltung und des Wissens durch den Abdruck eines größeren, gut gewählten Kapitels so vorgestellt, daß man wirklich entscheiden kann, ob man sich für dieses Buch interessiert oder nicht; im Anschluß an diesen Abdruck gibt der Herausgeber in knapper Form sein Urteil über das Buch ab und informiert über Autor, Verlag, Umfang, Preis usw. Eine Anzahl kürzerer Besprechungen bringen weitere nützliche Hinweise. Und im ganzen ist zu sagen, daß die Redaktion sowohl in der Wahl der von ihr angezeigten Bücher wie in ihrer Wertung eine glückliche Hand hat.

Ähnliches leistet die kleine Monatsschrift „*Filmkritik*“ (Frankfurt, Siesmayerstraße 58) auf ihrem Gebiet in ausgezeichnete Weise. Hier kann man sich orientieren, was wicnige und unwichtige, gute und schlechte Filme sind, und auch grundsätzliche Fragen des Films werden in anregender Weise angeschnitten. Die unabhängige, kluge und mutige Art, in der hier Filmkritik im Dienste des Guten und Schönen geleistet wird, könnte auch dazu beitragen, den Filmbesucher für den Unterschied zwischen oberflächlicher und fundierter Filmkritik hellhöriger zu machen und damit auch die Hebung des Niveaus der allgemeinen Filmkritik in Tages- und Wochenzeitungen fördern.

Dr. *Walter Fabian*